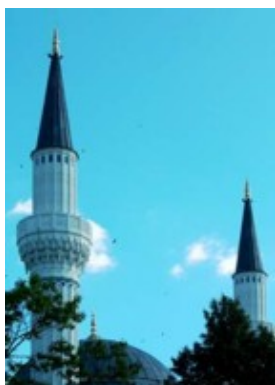


Uncharismatiker Steinmeier wird Kanzlerkandidat



Hat die altehrwürdige SPD, die Partei der Brandts und Schmidts, wirklich keinen besseren zu bieten? Nach Informationen der [BILD](#) soll Frank-Walter Steinmeier, der selbst bei seiner Rap-Einlage mit dem türkischen Sänger Muhabbet so viel Esprit ausstrahlt wie ein staubiger Mehlsack, bei der nächsten Bundestagswahl im Jahr 2009 Zugpferd der sozialdemokratischen Partei werden. Wir wünschen viel Erfolg beim Projekt 18...

Ramadan: Die Seele wird satt



Mit einem Video aus der Sehitlik-Moschee (Foto) in Berlin-Neukölln lässt der *Tagesspiegel* uns am Leben der dortigen Gemeinde im Ramadan teilhaben. Kritische Stimmen gibt

es natürlich nicht, nur verständnisvolles Erklären. Sicher ungewollt zeigt der *Tagesspiegel*, wie weit die Islamisierung unserer Gesellschaft bereits fortgeschritten ist. Besonders beängstigend: Junge Leute dominieren bei der Zelebrierung des Islam, alle Frauen sind tief verschleiert und räumlich sorgfältig von den Männern getrennt.

(Spürnase: Anton)

Volkspädagogik in der Qualitätspresse



Ein [anschauliches Beispiel](#) erzieherischer Maßnahmen zur politisch korrekten Einstellung der einheimischen Bevölkerung lieferte jetzt die *Hamburger Morgenpost*. Die oft von der Presse durchgeführte Namensänderung eines südländischen Tatverdächtigen, verschleiert – sicher rein zufällig – auch gleich dessen Migrationshintergrund. Und aus [Reza Vafa](#). (Foto) wird Timo B..

Der ehemalige Moderator des Teenie-Radiosenders „N’Joy“ Timo B. (Name geändert) ist offenbar untergetaucht – nachdem bekannt wurde, dass der 35-Jährige eine Hass-Mail an seine ehemalige Steuerberaterin geschickt haben soll (MOP0 berichtete). Darin bedroht er die Tochter der Frau. (...) Wegen einer Rechnung über läppische 25 Euro hatte es einen heftigen Streit zwischen der Steuerberaterin Gisela Müller-Haupt (46)

und ihrem Klienten Timo B. gegeben. Der Mann wollte nicht bezahlen. Der Zoff endete mit einer Mail, die der 35-Jährige an die Mutter verschickt haben soll. Darin steht: „Ich werde meine Rache an deiner kleinen, süßen Tochter auslassen. Die kleine Hurentochter sollte sich lieber was um die Muschi wickeln, damit sie nicht leiden muss.“

So weit die *MoPo*, die Kommentare zum Beitrag nur zu bestimmten Zeiten zulässt, um moderierend eingreifen zu können. Und nun der selbe Sachverhalt im *Hamburger Abendblatt*:

Als die Betriebswirtin Gisela Müller-Haupt im Spanien-Urlaub ihre geschäftlichen E-Mails durchsah, war es vorbei mit der Erholung. In einer anonymen Nachricht mit dem Absender „master“ drohte ihr ein Unbekannter, sich aus Rache an ihrer Tochter vergehen zu wollen. Nach dem ersten Schock rief sie die Polizei. Die verfolgte die elektronische Adresse zu einem ehemaligen Mandanten der 46-Jährigen, die in einer Steuerberatungskanzlei arbeitet, zurück. Gegen den ehemaligen freien NDR-Radio-Mitarbeiter Reza V. (35) läuft nun ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bedrohung. Das bestätigte Wilhelm Möllers, Sprecher der Staatsanwaltschaft, gegenüber dem Abendblatt.

(Spürnase: Kai1000)



Pali-Soap gestoppt – zu israelfreundlich



“Matabb” (Stolperschwelle) hätte die erste Pallywood-Seifenoper heißen sollen – angeblich ein Synonym für die vielen Hindernisse im von den Israelis „unterdrückten“ Palästinenserleben ([PI berichtete](#)). Die nach Vorbild der Lindenstraße konzipierte und im Wesentlichen aus Deutschland finanzierte Soap, wird jetzt aber gar nicht gesendet. Die offizielle palästinensische Fernsehstation PBC hat [die Ausstrahlung abgesetzt und auf unbestimmte Zeit verschoben](#). Gewisse noch zu israelfreundliche Szenen müssen zuerst „angepasst werden“.

PBC-Programmdirektor Jehja Barakat sagte am Freitag in Ramallah:

„Das ist keine Zensur, sondern der Versuch sicherzustellen, dass keine Szenen, die für die eine oder andere Seite anstößig sein könnten, von einem offiziellen Fernsehsender ausgestrahlt werden“

Mit der „einen oder anderen Seite“ sind hier selbstverständlich nur palästinensische Seiten – wie Fatah und Hamas – gemeint, nicht etwa die Israelis, die sowieso im Palästinenserfernsehen als böse und nicht einmal als menschlich gelten. Zur Lösung des Problems hat ein Komitee die zehn bereits produzierten Folgen der Serie angesehen und beschlossen, dass einige Szenen geändert werden müssten.

Nach Angaben von PBC-Mitarbeitern, die namentlich nicht genannt werden wollten, riefen insbesondere zwei Szenen

Kritik hervor. In der einen Szene überreicht ein Palästinenser an einem Kontrollpunkt israelischen Soldaten Blumen. In einer anderen Szene träumt ein Palästinenser von einem Selbstmordattentat. Darüber hinaus könnten vom offiziellen palästinensischen Fernsehen keine Szenen ausgestrahlt werden, in denen die israelische Besatzung „menschlich“ erscheine, heißt es.

Zuvor hatte der Produzent von „Matabb“, Farid Madschari, gesagt, dass die Soap völlig überraschend und ohne Angaben von Gründen abgesetzt worden sei. Aus Produktionskreisen hieß es, die Serie sei aus politischen Gründen nicht ausgestrahlt worden, weil sie Entscheidungsträgern im „staatlichen“ palästinensischen Fernsehen zu liberal gewesen sei.

Wie anti-israelisch die palästinensisch überarbeitete Fassung des vom deutschen Goethe-Institut mitproduzierten Projekts ausfallen wird, lässt sich daraus erahnen.

(Spürnase: lotus)

Deutsche „Klimaexperten“ retten die Welt



Der Klimaforscher

Hans von Storch (Universität Hamburg) und der Kulturwissenschaftler Nico Stehr (Universität Friedrichshafen) haben auf [SpiegelOnline](#) ein Klimamanifest mit der Parole „So kann Deutschland den Klimawandel bewältigen“ veröffentlicht. Bisher haben nur die [Klimarealisten von Heiligenroth mit ihrem Klimamanifest](#) Aufsehen erregt.

(Gastbeitrag von Dipl. Biol. Ernst-Georg Beck)

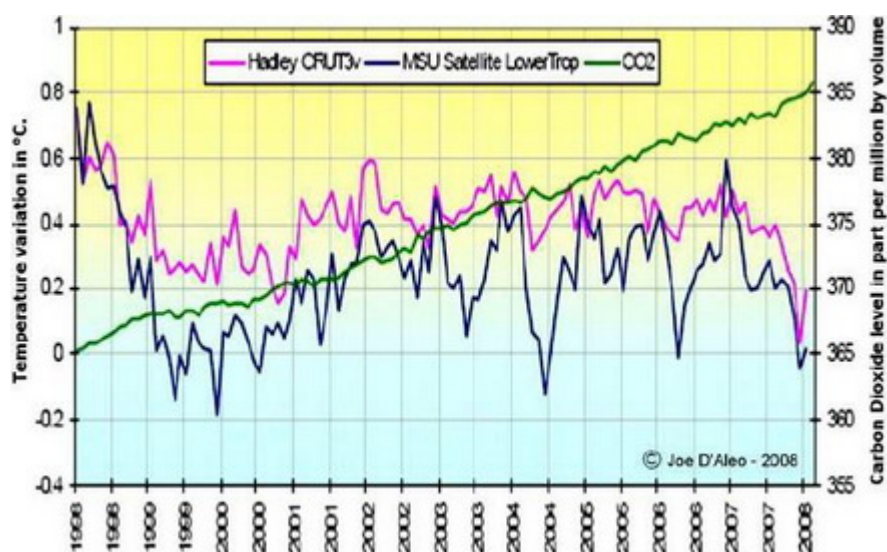
Beide Manifeste fordern Realitätsbewußtsein in der Politik und stellen fest, dass aktuelle Klimaschutzmaßnahmen wie z. B. das Kyoto-Protokoll keine Wirkung haben. Es wird die Heiligenrother Gruppe freuen, dass nun prominente Klimatologen einige ihrer Thesen öffentlich übernehmen. Tatsächlich unterscheiden sich die beiden Deklarationen jedoch grundsätzlich.

Während das Heiligenrother Manifest unter anderem die sinnlose Verschwendung von Steuergeldern zur Änderung des Wetters anprangert und auf den natürlichen Klimawandel hinweist, spricht von Storch von der CO₂-freien Welt als Endziel aller Bemühungen und, dass die umfassenden Maßnahmen der UN zur Bewältigung des Klimawandels nicht ausreichen. Man müsse sich auf das „Unvermeidliche“ einstellen. Leider wird nicht gesagt wie.

Die Gefährdung der Lebensgrundlagen der Gesellschaft durch Klimaveränderungen kann nämlich nicht wie bisher nur durch den Schutz des Klimas vor der Gesellschaft bekämpft werden – zumal viele dieser Maßnahmen symbolischer Art sind. Es bedarf zusätzlicher, effektiver Anstrengungen von Forschung, Politik und Wirtschaft, um mit jenen Klimagefahren umzugehen, die heute schon bestehen und sich auch bei einer erfolgreichen Klimaschutzpolitik in der Zukunft verschärfen werden. Dieser Schutz kann nicht erst nach durchlebten Katastrophen im Gefolge von Wetterextremen aufgebaut werden, sondern muss in der Form von Vorsorge realisiert werden. Und daran hapert es hier und heute!

Vieles klingt wie schon öfters bei Hans v. Storch kritisch. Obwohl nicht konkret gesagt, kann man herauslesen, dass die Gesellschaft sich vor dem Klima schützen sollte. Ob das durch besseren Hochwasserschutz oder Änderung der Besiedlungspolitik geschehen soll, wird nicht gesagt oder nur angedeutet, denn das wäre vernünftig. Liest man jedoch das Manifest genau, so hat er die Treibhaus-Katastrophentheorie des IPCC völlig verinnerlicht und will eben durch noch weitergehende Maßnahmen die deutsche Gesellschaft vor dem „Treibhaustod“ retten.

Schon derzeit geben die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern Milliarden Euro zur CO₂-Reduktion aus, was zu einer dramatischen Steuer- und Abgabenlast für den einzelnen geführt hat. Die Wirkung ist gleich Null, denn wir haben seit ca. acht Jahren Global Cooling (siehe nachfolgende Grafik mit dem Titel [„Die Welt-Temperatur sinkt, während das CO₂ steigt“](#)):



In den Aussagen von v. Storch und Stehr kommt Kälte jedoch nicht vor, dagegen liest man von „Hitzetoten“ oder einer „langfristigen Vermeidung der globalen Erwärmung durch Null-CO₂-Emission“. Die Autoren philosophieren sogar in die Überschrift: [„Die CO₂-freie Welt kommt zu spät“](#).

Solche Aussagen können nur mit Kopfschütteln konstatiert werden, denn die Grundlagen unserer Bildung – gelehrt rund um den Globus – besagen, dass es diese gar nicht gibt. Alle Lebewesen sind sozusagen Kohlenstoffeinheiten aus dem CO₂ der

Luft, das über Pflanzen in anderer Form in den tierisch/menschlichen Kreislauf als Nahrung und Baustoffe übergeht. Eine „CO2-freie Welt“ bedeutet also unweigerlich den Tod. Die Natur emittiert mehr als 97% CO2 im Vergleich zur gesamten Menschheit. V. Storch und Stehr sind offensichtlich wie viele vom Ökologismus-Virus mit ernstesten Symptomen einer Gehirnwäsche befallen. Nur so können solche Ausfälle erklärt werden.

Typische Zeichen dieser neuen Klimareligion mit der „Leitsubstanz CO2“ (Zitat von Prof. Grassl, dem Erfinder des Treibhauswahns in Deutschland) sind auch politische Aussagen, wie sie ebenfalls der Kanzlerberater Prof. Schellnhuber macht: die Gesellschaft soll umerzogen werden und dies sei auch leicht machbar durch neue Gesetze. Gott sei Dank lassen uns die Autoren in ihrem letzten Punkt 10 [„Der Unsinn der autofreien Sonntage“](#) wenigstens noch die Autos...

Neuer Einzelfall in NRW



In OB Schrammas Multikulti-Köln hat sich ein [neuer erschreckender Einzelfall](#) ereignet, bei dem das Opfer nur mit dem Leben davon kam, weil der Vater zu Hilfe eilte. Der 42-jährige türkische Gewaltverbrecher Davud Yücel (Foto) lauerte seiner 29-jährigen Ex-Freundin auf, die er seit der Trennung mit Stalking belästigte und bedrohte, stach wie von Sinnen auf sie ein und verletzte sie schwer.

(Allen Spürnasen vielen Dank)



Calmy-Rey verteilt Osama-Maulkörbe



Die Schweizer Außenministerin Micheline Calmy-Rey (SP) hat sich wahrhaft schon [so manchen Fauxpas geleistet](#). Einen Fehltritt der besonders üblen Sorte beging sie, als sie kürzlich in Betracht zog, [einen Dialog mit Al Kaida Chef Osama bin Laden](#) zu führen. Nach zahlreichen Protesten aus dem In- und Ausland dementierte das Außenministerium und erklärte, diese Aussage der Ministerin sei rein rhetorischer Natur gewesen, und wer etwas anderes behauptet, der [wird bestraft](#).

Der ministeriale Osama-Fauxpas-Maulkorb gilt international. Micheline Calmy-Rey hat in Paris bereits offiziell wegen eines Journalisten der Agentur AFP interveniert, der ihre „Gedankenspiele über einen Dialog“ mit Osama bin Laden angeblich falsch verstanden habe. Eine Rede vor der

internationalen Presse in Genf sagte sie deshalb ab und zieht alle Register, um die Journalisten zum Schweigen zu bringen. Nichts desto trotz lässt sich die renommierte NZZ [nicht den Mund verbieten](#) und wir selbstverständlich auch nicht.

Geht ein Schuss nach hinten los, klemmt es in der Regel vorne. Bundesrätin Micheline Calmy-Rey kümmert das offenbar nicht. Nach dem weltweiten Wirbel über einen möglichen „Dialog“ der Schweiz mit dem Kaida-Chef versucht die Außenministerin nun jenen Journalisten abzustrafen, der ihre Rede an der Botschafterkonferenz ihrer Meinung nach falsch interpretiert hat: Denis Rousseau, Leiter des Genfer Büros von Agence France-Presse (AFP), der drittgrössten Nachrichtenagentur der Welt.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) veröffentlichte bereits vor zwei Wochen eine „Richtigstellung“ zu den Medienberichten über Calmy-Reys Rede. Jetzt sahen sich die Schweizer Diplomaten veranlasst, auch noch in Paris gegen die Meldung zu protestieren. Das EDA beschwerte sich nicht nur schriftlich bei der AFP-Direktion, sondern intervenierte auch am Quai d'Orsay. Auch Außenminister Bernard Kouchner, derzeit vor allem mit der EU-Ratspräsidentschaft beschäftigt, erhielt eine Kopie der Depesche aus Bern.

*Die Agentur AFP will das Schreiben nicht im vollen Wortlaut publik machen. Wie die Zeitung „Le Temps“ berichtet, spielt das EDA im Brief an die AFP-Direktion auf die Akkreditierung des Mitarbeiters an und fordert die Agentur auf, „die Konsequenzen zu ziehen“. Der gescholtene Journalist erklärt gegenüber der NZZ, dass in Bezug auf seine Akkreditierung in Genf „noch keine Entscheidung getroffen worden“ sei. Für Rousseau wäre es übrigens nicht das erste Mal, dass er ein Land wegen nicht genehmer Berichterstattung verlassen müsste: **In Kuba erhielt er auf Geheiss von Fidel Castro persönlich den Laufpass. Eine Wiederholung würde vielleicht Rousseau,***

aber kaum seinem Gastland zur Ehre gereichen.

Die Passage, auf die sich der Leiter des Genfer Büros von Agence France-Presse bezog und die Calmy-Rey nachträglich als rein „rhetorische Frage“ verstanden haben wollte, lautete:

„Sollen wir auf diese Moralisten hören? Und wenn nicht: Sollen wir den Dialog suchen, ohne zu unterscheiden, auch wenn das bedeutet, mit Usama bin Ladin an einem Tisch zu sitzen.“

Diese offizielle Einladung einer Außenministerin in eine „rhetorische Frage“ umzubiegen, bedürfte über alle diplomatischen Bemühungen und Drohungen hinaus, meisterhafter magischer Fähigkeiten. Madame Calmy-Rey hat ihr wahres Gesicht gezeigt.

Anschlag auf Heinz Buschkowsky

✘ In Berlin hat die rote SA das Privathaus des populären Neuköllner Bürgermeisters Heinz Buschkowsky (SPD) angegriffen und beschädigt. Offizieller Vorwand ist die Bereitstellung eines städtischen Raumes für eine NPD-Veranstaltung, zu der der Bürgermeister dem Gesetz entsprechend verpflichtet war. Die wahren Gründen dürften andere sein: Den roten Herrschern und ihrer Straßenterrorgruppe ist der Sozialdemokrat verhasst, weil er immer wieder die Interessen der Bevölkerung gegenüber der systematischen Zerstörung ihrer Heimat vertritt und dabei ausspricht, was in Deutschland nicht mehr ausgesprochen werden

darf.

In einem vorbildlichen Beispiel von deutschem Qualitätsjournalismus verbucht der *Berliner Tagesspiegel* in seiner URL den Anschlag unter der Rubrik „Rechtsextremismus“: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/Neukoelln-Rechtsextremismus;art270,2608467>

Wenige Stunden vor einer Versammlung der rechtsextremistischen NPD hat die linksautonome Szene das Privathaus des Neuköllner Bürgermeisters Heinz Buschkowsky (SPD) mit Farbflaschen attackiert und zudem die Eingangstür einer Volkshochschule (VHS) zerstört. Zu dem Anschlag auf das Haus Buschkowskys in der Nacht zu Freitag ging eine Selbstbezeichnung eines „Kommandos Otto Suhr“ beim Tagesspiegel ein – auch die VHS ist nach dem früheren Berliner Bürgermeister Otto Suhr benannt. In dem Schreiben wird Buschkowsky offen gedroht und die Attacke als „Vorgesmack“ bezeichnet. Die Täter werfen dem Bürgermeister vor, für die Vergabe eines Raumes der VHS an die NPD verantwortlich zu sein. Doch Buschkowsky betonte, dass es rechtlich unmöglich sei, der Partei einen bezirkseigenen Raum zu verweigern. „Es gibt keinen Entscheidungsspielraum.“ (...)

Buschkowsky berichtete, sein Schwiegervater habe nachts um ein Uhr einen Knall gehört und die schwarze und rote Farbe an der Fassade bemerkt. Gemeinsam hätten sie dann bis vier Uhr morgens die Farbe wieder abgewaschen. „Ich bin die Feindfigur der autonomen Szene“, sagte der Bürgermeister. Für die beiden Anschläge seien wohl dieselben Täter verantwortlich; an der VHS wurden Flugblätter gegen die NPD gefunden, die mit „Verantwortlich: Buschkowsky“ unterzeichnet waren.

Etwas aufatmen können rechtschaffende Berliner vom 19. bis zum 21. September. Dann weilt die Mehrzahl der kommunistischen Schläger auf Einladung des Kölner Oberbürgermeisters Türkenfritz Schramma in der Moscheestadt, um oppositionelle

Bürger – jenseits rechtsstaatlicher Sentimentalität – zur Raison zu bringen. Des einen Freud, des anderen Leid.

(Spürnasen: Skeptiker, Bernd von S.)

Sonderrechte für Moslemanwalt in Holland

Die Einführung und Durchsetzung islamischer Sitten in unseren Ländern kennt viele Beispiele, und häufig finden sich einheimische Erfüllungsgehilfen für die Installierung der islamischen Parallelgesellschaft, die immer öfter in die unsrige hineinragt und sie überwuchert. Islamische Ärztinnen verweigern die Behandlung männlicher Patienten und vorgeschriebene Desinfektionen, Taxifahrer verweigern die Beförderung von Hunden, Badetage in öffentlichen Bädern für Frauen im Stoffkäfig werden durchgesetzt, die Scharia als maßgeblicher Rechtsrahmen häufig praktiziert und vom anglikanischen Kirchenoberhaupt und anderen bereitwillig zugestanden.

Ein besonders perfides und provokatives Verhalten wird nun wieder aus den Niederlanden gemeldet. Ein Moslem-Anwalt, dessen Islam-Ideologie nicht nur Angehörige echter Religionen, sondern auch die eigenen Frauen systematisch als Minderwertige behandelt, beruft sich nun ausgerechnet auf einen angeblichen islamischen Gleichheitsgrundsatz, um Würde, Geltung und Ansehen staatlicher Rechtsorgane bewußt zu untergraben. Die [niederländische Tagesschau berichtet](#):

Moslemanwalt soll auch aufstehen

CDA und VVD kritisieren den Beschluss des Rotterdamer Gerichts, die einem islamischen Rechtsanwalt zugestand, sitzen zu bleiben, wenn die Richter hereinkommen.

In den Niederlanden ist es üblich, dass die Anwesenden in einem Gerichtssaal aufstehen, wenn die Richter hereinkommen. Aber der Rechtsanwalt sagt, dass gemäß seinem Glauben jeder gleich ist und dass er darum nicht vor einem Richter aufstehen will.

Nach einem Gespräch mit dem Mann hat das Rotterdamer Gericht den Richtern geraten daraus kein Problem zu machen. CDA-Parlamentsmitglied Haersma Buma und VVD-Parlamentsmitglied Kamp finden, dass der Mann sich an niederländische Gebräuche halten oder einen anderen Beruf suchen muss.

Der islamische Rechtsanwalt, Enait, kam schon früher ins Gerede, weil er Frauen nicht die Hand geben will. Die Gemeinde Rotterdam weigerte sich daher, ihm eine Stelle beim sozialen Dienst zu geben.

(Gastbeitrag von Andreas F.)

Bürgerkrieg in den Städten



Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat sich aufgemacht, eines der größten Tabuthemen öffentlich zu machen, das bisher mit den Totschlagargumenten „Rassismus“ und „Ausländerfeindlichkeit“

aus der Diskussion herausgehalten wurde (PI berichtete [hier](#) und [hier](#)). Mit der explosionsartig steigenden Gewaltdelinquenz in einzelnen Stadtteilen, in denen das staatliche Gewaltmonopol schon längst außer Kraft gesetzt wurde.

Leidtragende sind neben Opfern von Straftaten die Polizeibeamten vor Ort, denen schon keinerlei Respekt mehr von Jugendlichen mit Migrationshintergrund entgegengebracht wird. So werden weibliche Polizeibeamte in aller Regel nur noch als „Schlampen, Nutten und Huren“ titulierte. Jeder Einsatz kann für die Beamten zumindest mit der Beschädigung der eigenen Gesundheit enden, wenn sie versuchen, Straftäter festzunehmen, die immer öfter von einer Masse von Familien- und Gangmitgliedern wieder befreit werden. Teilweise werden Straftäter schon gar nicht mehr verhaftet, da Teile der Justiz im Rahmen einer ständig fortschreitenden Rechtsspaltung und eines Zwei-Klassen-Strafrechts Drehtüren in die Gerichtsgebäude eingebaut haben, da selbst bei schwersten Körperverletzungen Haftverschonung angeordnet wird. Oder wenn wie in Berlin gegen jugendliche Straftäter erst nach dem fünften Delikt ernsthaft ermittelt wird.

Täter sind zu 90% Jugendliche „mit Migrationshintergrund“, der dritten und vierten Generation hier geborener Kinder und Jugendliche, die sich durch eine marginale Sprach- und Bildungskompetenz auszeichnen, und hinsichtlich dieser desintegrativen Merkmale eine neue „Gastarbeitergeneration“ bilden. Diese fast nicht mehr integrierende Gruppe wird nur noch mit staatlichen Transferleistungen vor weiteren sozialen Eruptionen abgehalten. Wenn dieses System nicht mehr zu finanzieren ist, werden sich auch Gewaltausbrüche vermehrt zeigen, womit wir heute im Angesicht der aktuellen Zustände von einem kommenden Bürgerkrieg sprechen können, da Stadtteile wie Duisburg Marxloh längst nicht mehr von Repräsentanten des staatlichen Gewaltmonopols kontrolliert werden. Somit sind Polizeibeamte heute Opfer einer ideologisch verklärten

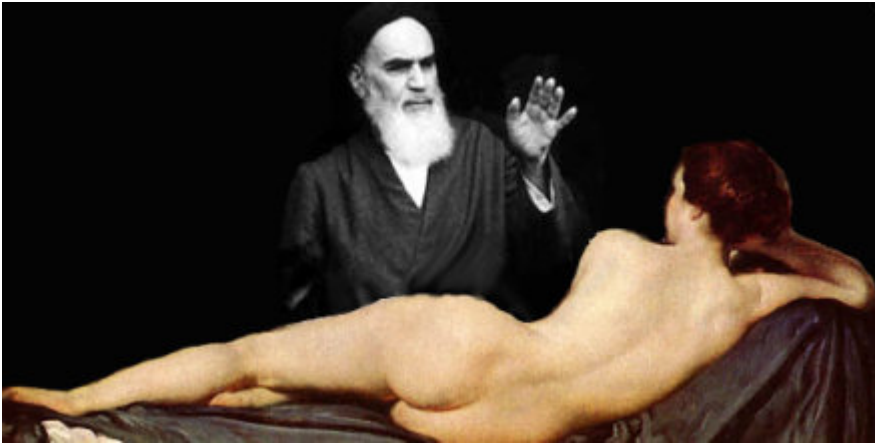
multikulturellen Sichtweise und einer Politik des Abbaus personeller Ressourcen der früheren Rot-Grünen Landesregierung, die von der aktuellen Landesregierung weitergeführt wird.

Gegenmaßnahmen wie die Einbindung von Hodschas und Imamen von Moscheegemeinden ist dabei ein falscher Weg, da man Privatpersonen in den Rang eines Trägers des staatlichen Gewaltmonopols erhebt, die auch bei guten Willen nicht an gewalttätige Jugendliche herankommen. Vielmehr sind sich Experten darin einig, dass nur einer Politik der Härte bei diesen jugendlichen Gewalttätern Wirkung zeigt. Und nicht mehr der Kurs von Beschwichtigung, Kuscheljustiz und Tabuisierung, der weiterhin Leib und Leben von Polizeibeamten gefährdet und die Opfer von Straftaten verhöhnt. Ändert sich nichts, verliert der Staat seine grundsätzliche Legitimation in Form der Gewährung von Sicherheit, womit er sich letzten Endes selbst demontiert.

(Gastbeitrag von Dr. Thomas Tartsch, Autor des Buches [„Da'wa und Jihad“](#))

**Ayatollah
Menstruationen**

Khomeinis



Der Große Iranische

Revolutionsführer Ayatollah Khomeini hat sich intensiv mit den Perioden der Frauen sowie Farbe und Beschaffenheit ihres Monatsblutes befasst. Wir stellen uns förmlich vor, wie der weise Gelehrte, angetan mit dicken Brillengläsern und diesem unappetitlichen Zauselbart, große Teile seines Lebens damit verbracht hat, Frauen zwischen die Beine zu glotzen, um mit seiner langen, dicken Nase dort herumzuschnüffeln.

Folgendes ist dabei [herausgekommen](#): Das Monatsblut ist oft dick, heiß, schwarzrot oder hellrot und es verursacht beim Entströmen eine brennende Empfindung. Die Dauer der Periode beträgt zwischen drei und neun Tagen. Kommt nach zwei Tagen eine Unterbrechung von einem Tag, dann ist es keine Periode. Auch Schwangere und stillende Frauen können regelmäßig ihre Tage haben. Fließt das Blut nach links, dann entstammt es einem Abzess. Bei einer Pseudo-Menses ist das Blut anders; es ist dann gelblich, kalt und dünnflüssig, aber es kann auch schwärzlich oder gelb, heiß und dickflüssig sein und beim Ausströmen eine brennende Empfindung verursachen.

Diese Unterscheidungen zwischen Menses und Pseudo-Menses sind äußerst wichtig, denn während ihrer Periode ist die Mohammedanerin „unrein“. Handelt es sich jedoch nicht um Mensesblut – nach Ayatollah Khomeinis Definitionen -, dann ist sie nicht „unrein“. Und noch viel mehr hat der gute Mann herausgefunden. Bei der gläubigen Frau beginnen die Perioden in ihrem neunten Lebensjahr und enden Schlag Klock zum Fünfzigsten. Nur die Frauen des „Propheten“ bilden eine

Ausnahme, denn diese bluteten bis sie sechzig waren (als Zeichen ihrer Auserwähltheit).

Während ihrer Menstruation ist die Frau nicht nur „unrein“ – ihr sind auch die Ritualgebete, das Lesen im Koran und das „Fasten“ im Vollfraßmonat Ramadan verboten. „Allah“ will von ihr nichts wissen.

Das bedeutet: gerade an jenen Tagen, an denen es vielen Frauen ausgesprochen dreckig geht, bleibt ihnen die geistliche Tröstung untersagt. Kontakt zu Allah ist verboten!

Und weil der Frau am Ende so viele Pflichtgebete fehlen, wird sie am Jüngsten Tage in Richtung Hölle verbannt.

Man möchte fast meinen, diese Religion sei nicht von einem allbarmherzigen Gott, sondern im Gegenteil von einem sehr irdischen Sadisten begründet worden.

(Gastbeitrag von [Yaab](#))